

Somalias Piraten überlisten Kriegsschiffe

Mit Schwarmtaktik Schutzfregatte ausgebootet · Alliierte haben Koordinationsproblem · 6 Mio. Dollar für deutschen Tanker

FRIEDRIKE VON TIESENHAUSEN, BERLIN

Die somalischen Piraten trotzen der wachsenden internationalen Armada an Kriegsschiffen mit einer neuen Taktik. Bei der Entführung des deutschen Gastankers „Longchamp“ im Golf von Aden griffen die Seeräuber gleichzeitig zwei weitere Handelsschiffe an. „Es waren über 20 Schnellboote beteiligt“, sagte gestern ein Bundeswehrbeauftragter. Die indische Fregatte, die in der Nähe patrouillierte, konnte nicht alle Kaperversuche gleichzeitig abwehren. Die Entführer des Gastankers verlangen für die Freigabe des 100 Meter langen Schiffes und seiner 13 Besatzungsmitglieder 6 Mio. \$ (4,7 Mio. €). Die „Longchamp“ gehört einer Tochtergesellschaft der Hamburger Reederei Bernhard Schulte, fährt aber unter der Flagge der Bahamas. Sie liegt zurzeit vor der somalischen Küste vor Anker.

Die mittlerweile dritte Schiffsentführung im Golf von Aden in diesem Jahr nährt Zweifel an der Effektivität der verschiedenen internationalen Antipiraterie-Kommandos in der Region. Seit Mitte Dezember kreuzt unter anderem die EU-Mission Atalanta mit mittlerweile vier Kriegsschiffen im Seegebiet zwischen Somalia und dem Jemen. Dazu gehört auch die deutsche Fregatte „Karlsruhe“. Zudem patrouillieren amerikanische, russische, chinesische und indische Kriegsschiffe.

Dennoch ist die Zahl der Piratenübergriffe im Golf von Aden im Januar auf ein neues Rekordniveau gestiegen. Insgesamt wurden 23 Schiffe attackiert, davon verliefen drei Kaperversuche erfolgreich. Bisheriger monatlicher Höchststand waren 16 Angriffe im September 2008. Schätzungen zufolge haben somalische Piraten im vorigen Jahr 30 Mio. \$ Lösegeld erpresst.

Auf die stärkere Präsenz der Kriegsschiffe haben die Seeräuber mit neuen Tricks reagiert. „Dazu gehört auch die Schwarmtaktik“, hieß es gestern im Atalanta-Hauptquartier in Großbritannien. Zuvor hatte die Bundeswehr bereits be-

klagt, dass die Piraten mittlerweile deutlich aggressiver und schwerer bewaffnet auftreten.

Zwar müssen die Freibeuter nun deutlich mehr Versuche unternehmen, um Schiffe zu kapern, wie die Atalanta-Verantwortlichen betonen. Vergangenes Jahr war noch jeder zweite Angriff erfolgreich. Allerdings gesteht auch die EU ein, dass die Abstimmung in dem Seegebiet noch verbesserungsbedürftig ist.

So hatte die „Longchamp“ ihre Passage durch die Piratengewässer nicht direkt bei der EU, sondern per E-Mail bei der britischen United Kingdom Maritime Trade Organisation angemeldet. Diese Registrierung wurde jedoch nicht rechtzeitig an die EU weitergeleitet. Damit hatten die Atalanta-Offiziere die „Longchamp“ im doppelten Sinne nicht auf dem Radar.

Zudem funktioniert die Kommunikation zwischen EU, USA, Indien und Russen nicht immer reibungs-

los. „Da sind mehrere völlig autarke Player unterwegs“, sagte Fregattenkapitän Achim Winkler aus dem Atalanta-Hauptquartier. „Es gibt noch eine ganze Menge Lücken, was die Kommunikation angeht.“

Der Verband Deutscher Reeder hält ein negatives Urteil über die Schlagkraft der Mission Atalanta für verfrüht. „Wir haben nicht erwartet, dass das Problem in ein oder zwei Monaten vorbei ist“, so Hauptgeschäftsführer Hans-Heinrich Nöll. In der Zwischenzeit hat der Verband alle Mitglieder daran erinnert, sich unbedingt über die offiziellen Kanäle an die EU zu wenden und wachsam zu sein.

Marineoffiziere beklagen nämlich immer noch eine zu laxen Haltung mancher Kapitäne. So setzte die „Longchamp“ ihren Notruf erst ab, als die Entführer schon an Bord waren. Dabei hatten sich die Piraten bei Tageslicht dem deutschen Tanker genähert.

Erpresserpreise

Anstieg Durch den dramatischen Anstieg an Entführungen 2008 ist es den somalischen Piraten gelungen, immer höhere Lösegeldforderungen durchzusetzen.

Abstieg Als lukrativster Coup gilt die Kaperei des Supertankers „Sirius Star“ im November. Für das mit Rohöl im Wert von 100 Mio. \$ beladene Schiff erbeuteten die Seeräuber 3 Mio. \$. Kurz nach der Übergabe kenterte das Boot von fünf der Piraten, sie ertranken.

Gaddafi wird Chef der Afrikanischen Union



Der libysche Präsident **Muammar al-Gaddafi** wurde zum neuen Vorsitzenden der Afrikanischen Union (AU) gewählt. Das teilte der Generalsekretär der Arabischen Liga, Amr Mussa, gestern in einer Rede vor 20 afrikanischen Staatschefs in Addis Abeba mit. Mussa, der ehemalige Außenminister Ägyptens, kam damit einer offiziellen Mitteilung der Afrikanischen Union zuvor. Der AU-Vorsitz wechselt jährlich. Der Vorsitzende, ein afrikanischer Staatschef, wird von den Mitgliedern per Wahl bestimmt. Gaddafi hat sich im vergangenen Jahr bereits als „König der Könige“ in Afrika bezeichnet. Er regiert Libyen seit einem Putsch 1969 ohne Verfassung. Seine Kritiker verlangen seit Jahren die Wiederherstellung der Verfassung und fordern einen Übergang zur Demokratie in dem nordafrikanischen Land. FT, AP

Sunniten im Nordirak hängen Kurden ab

Ergebnis der Provinzwahlen könnte Konflikte anheizen

In einem zwischen Kurden und sunnitischen Arabern umstrittenen Teil des Nordirak hat sich bei den Provinzwahlen am Samstag offenbar der sunnitische Block durchgesetzt. Die Nachrichtenagentur AP berichtet unter Berufung auf einen mit der Wahl vertrauten Beamten, die sunnitische Hadba-Partei führe nach ersten Hochrechnungen mit rund 40 Prozent. Bei der letzten Abstimmung 2005 sicherten sich die Kurden in der Provinz Niniveh noch die Mehrheit, weil sunnitische Vertreter die Wahl boykottierten.

Mit dem Ergebnis drohen sich die Spannungen zwischen Kurden und Sunniten in der Provinz zu verschärfen. Sollte das Ergebnis bestätigt werden, erhielte die Hadba-Partei eine führende Rolle in der Region und weitgehende Kontrolle über Mosul, die drittgrößte Stadt des Irak. Die Provinzräte besitzen erhebliche Entscheidungsgewalt, vor allem was Investitionen und die Besetzung von Positionen im lokalen Sicherheitsapparat angeht.

Die Regierung des kurdischen Autonomiegebiets im Nordirak legte Beschwerde bei der Wahlkommission ein. Kurdischen Angaben zufolge wurden Zehntausende Wähler aus den von der Autonomieregierung beanspruchten Gebieten an der Stimmabgabe gehindert. Die Autonomieregierung beansprucht Niniveh wie auch die Provinzen Dijala und Tamim als ihr Gebiet. In den drei offiziellen kurdischen Provinzen wurde am Wochenende nicht gewählt. Nach der US-Invasion 2003 hatten die Kurden mit den USA kooperiert und Kämpfer in das Gebiet geschickt.

Die sunnitischen Kandidaten hatten die Wahl auch zu einer Entscheidung über die kurdischen Ambitionen in der Region erklärt. Die neue Kontrolle würde es den Sunniten erlauben, den Gouverneur zu stellen und kurdischen Einfluss zurückzudrängen. „Die Menschen wollen die Situation in der Provinz verändern“, sagte Hadba-Partei-Generalsekretär Atheel al-Nujaifi. Die Kurden müssten ihr Verhältnis zu den Arabern überdenken.

In anderen Teilen des Landes konnten ersten Trends zufolge säkulare Parteien ihre Position stärken. In schiitischen Regionen zeichnete sich hingegen eine Stärkung des Regierungslagers ab. Die „Rechtsstaat“-Koalition des schiitischen Präsidenten Nuri al-Maliki soll in Bagdad und in den südlich der Hauptstadt gelegenen Provinzen vorne liegen.

Nach offiziellen Angaben hatten 51 Prozent der Iraker in 14 Provinzen gewählt. Mit ersten offiziellen Hochrechnungen wird in den kommenden drei Tagen gerechnet. Das amtliche Endergebnis soll in frühestens einer Woche veröffentlicht werden. AP, DPA



Auf dem Weg: Vor zwei Jahren noch wurde der schwarze **Manuel Cuesta** in Havanna misstrauisch beäugt, inzwischen sieht er Zeichen der Gleichberechtigung

Obamania erreicht Castros Reich

Die Wahl Barack Obamas gibt auch den Schwarzen auf Kuba Hoffnung auf mehr Gleichberechtigung. Aber sie kämpfen gegen ein Phantom, denn offiziell gibt es in dem sozialistischen Staat keine Diskriminierung

MATTHIAS KNECHT, MEXIKO-STADT

Auf Kuba breitet sich die Obamania aus. Oppositionspolitiker Manuel Cuesta spricht von einem „Enthusiasmus“ seiner Landsleute für den neuen US-Präsidenten Barack Obama und einer neuen Hoffnung auf Tauwetter zwischen der kommunistischen Insel und den USA. Doch der Afrokubaner Cuesta hat noch ein weiteres Anliegen: Seit Jahren setzt er sich für die Gleichberechtigung der Schwarzen ein. „Nun beginnt auch Kuba, über den Rassismus zu diskutieren“, sagt Cuesta auf die Frage nach dem Obama-Effekt.

Die kubanische Bevölkerung ebenso wie das kommunistische Regime in Havanna erhofft sich langfristig von der neuen US-Regierung vor allem eine Aufhebung des Handelsembargos und damit eine Linderung der katastrophalen Wirtschaftslage auf der Insel. Der 45-jährige Oppositionspolitiker Cuesta hofft jedoch auf mehr, auf einen Anstoß, über die Lage der Minderheiten auch auf Kuba nachzudenken.

Bisher ist das ein Tabu. Cuesta selbst verlor vor Jahren seine Stelle als Historiker des Stadtmuseums von Havanna. Grund war seine politische Aktivität, die nicht ins Konzept der allein regierenden kommunistischen Partei passt. Die geht davon aus, dass es dank des Sozialismus keine Rassendiskriminierung auf Kuba gibt.

Doch unter weißen Kubanern kursiert bis heute das Sprichwort: „Mein bester Freund kann ein Schwarzer sein. Er kann aber niemals mein Schwager sein.“ Diese Haltung nennt Cuesta den typischen „herzlichen Rassismus“ der Karibikinsel. Schwarze, Mulatten und Weiße können problemlos und aufrichtig freundschaftlichen Umgang pflegen. Doch eine Heirat über die Rassengrenze hinweg hat immer noch etwas Anrüchiges.

In den staatlichen Medien Kubas taucht das Thema Rassismus nicht auf. Vielmehr sind sie Teil des Problems. Hauptdarsteller im Staatsfernsehen sind fast immer Weiße, ganz gleich, ob kubanische Filme laufen oder Experten in Informationssendungen auftreten. „Wenn sie Schwarze zeigen, dann nur, um ein exotisches oder folkloristisches Bild zu vermitteln“, kritisiert Cuesta. „Das Fernsehen Kubas vermittelt immer noch kein Bild der Pluralität, sondern ein rassistisches.“

Unabhängige Erhebungen zum Thema sind selten. Laut dem letzten offiziellen Zensus sind rund zehn Prozent der elf Millionen Kubaner schwarz, ein Viertel der Bevölkerung sind Mulatten oder Mestizen. Der Menschenrechtsaktivist

Darsi Ferrer hat im vergangenen Herbst heimlich eine Umfrage in Havanna gemacht. 87 Prozent der Befragten sind demnach überzeugt, dass Weiße in Kuba wirtschaftlich bessergestellt sind. Nur sieben Prozent konnten sich überhaupt vorstellen, dass der nächste Präsident des Landes ein Farbiger sein könnte.

Dass in den obersten Organen von Partei und Staat kaum Farbige vertreten sind, ist für Manuel Cuesta „struktureller Rassismus“. Wie tief dieser Rassismus in den Köpfen sitzt, offenbarte Ex-Staatschef Fidel Castro selbst – wenn auch unfreiwillig. In seinem letzten Buch, das auf Interviews mit dem spanischen Journalisten Ignacio Ramonet beruht, erklärte Castro seine Bewunderung für den „Indio“ Hugo Chávez, den Präsidenten Venezuelas, mit den Worten: „Kann sein, dass er einige weiße Gene hat.“

Mit dem Regierungswechsel nach Fidel Castros Erkrankung im Sommer 2006 sandte die Staatsspitze erstmals Signale aus, sich des Themas Rassismus bewusst zu sein, ohne es aber offen anzusprechen. Im engsten Zirkel der Spitzenfunktionäre um den neuen Präsidenten Raúl Castro fand sich erstmals ein Schwarzer – Vizepräsident Esteban Lazo. Neu ist auch, dass im

Parlament 35 Prozent der per Einheitsliste gewählten Abgeordneten Schwarze oder Mulatten sind. Der Effekt ist allerdings rein symbolisch, das Parlament hat keine Macht.

Der „strukturelle Rassismus“ reicht bis in Kubas Opposition hinein. Unter den Dutzenden von illegalen Parteien wird nur eine einzige von einem Schwarzen geführt. Es ist Cuestas linksliberale „Fortschrittspartei“. Sie hat nach eigenen Angaben über 500 Mitglieder und etwa 2000 Sympathisanten auf der Insel.

Während Obamas Wahlkampf in den USA im vergangenen Jahr ist in Kuba eine weitere Gruppe entstanden. Das „Bürgerkomitee für die Rassenintegration“ hat sich zum Ziel gesetzt, im kommenden September in Havanna ein öffentliches Forum zum Rassismus abzuhalten – wenn es denn nicht von der Polizei verhindert wird.

Denn politische Aktivitäten abseits der Kommunistischen Partei wird weiterhin verfolgt. 219 Menschen sitzen derzeit aus politischen Gründen auf Kuba in Haft.

Manuel Cuestas Freude über den ersten schwarzen Präsidenten der USA ist darum auch mit Neid verbunden. Er sagt: „In den USA beginnt eine neue Ära. Wir konnten immer noch nicht unsere eigene neue Ära beginnen.“

Annäherung

Forderung Kubas Führung fordert von Obama unter anderem das Ende des US-Embargos und die Rückgabe Guantánamos.

Angebot Obama hat bisher lediglich angekündigt, einige Beschränkungen für Reisen und Geldüberweisungen nach Kuba aufzuheben.

Uno-Flüchtlingshelfer in Pakistan entführt

Der Regionalchef des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) in der westpakistanischen Provinz Balutschistan ist von Unbekannten verschleppt worden. Der Fahrer des Uno-Mitarbeiters wurde nach Angaben der Polizei bei dem Überfall in der Provinzhauptstadt Quetta getötet. Bei dem Entführten handelt es sich nach Angaben der Vereinten Nationen in Islamabad um den US-Amerikaner John Solecki, der das UNHCR-Büro in Quetta leitet. Die pakistanische Regierung verurteilte die Entführung scharf. Außenminister Shah Mahmood Qureshi erklärte in Islamabad, die Behörden setzten sich für eine „schnelle und sichere“ Befreiung Soleckis ein. Bislang bekannte sich niemand zu der Tat. In der Provinz Balutschistan, die reich an Bodenschätzen ist, kämpfen Aufständische seit Jahren für mehr Autonomie und einen größeren Anteil an den Gewinnen aus der Öl- und Gasförderung. DPA

Sri Lankas Armee beschießt Krankenhaus

Die sri-lankische Armee hat nach Angaben des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) bei den Kämpfen im Norden des Landes ein Krankenhaus beschossen. Bei dem Angriff seien mindestens neun Menschen getötet und weitere 20 verletzt worden. Die Armeeführung wies die Vorwürfe zurück und machte die Tamilen-Rebellen für den Zwischenfall verantwortlich. Diese kontrollieren das Gebiet, in dem das Krankenhaus steht. Die „Befreiungstiger von Tamil Eelam“ (LTTE) äußerten sich zunächst nicht zu dem Beschuss, eine den Rebellen nahestehende Internetseite beschuldigte die Regierung. Der Bürgerkrieg zwischen den Rebellen im Norden und der Regierungstruppen dauert seit 1983 an. In jüngster Zeit hat die sri-lankische Armee die Aufständischen weit zurückgedrängt und auf einem Gebiet von 300 Quadratkilometern eingekreist. International wächst die Sorge um die in der Region eingeschlossenen Menschen. REUTERS

Medwedew lässt Kritiker ins Staatsfernsehen

Der russische Präsident Dmitri Medwedew will künftig der parlamentarischen Opposition per Gesetz Sendezeiten im Staatsfernsehen garantieren. Ein entsprechender Entwurf des Kreml solle noch im Februar im Parlament eingebracht werden. Bisher wird die politische Berichterstattung fast ausschließlich von der Kremlpartei Geeintes Russland geprägt, die den Vorstoß kritisierte. Russische Menschenrechtler und die Opposition haben indessen trotz der Polizeigewalt gegen Demonstranten am Wochenende für diesen Monat weitere Proteste angekündigt. Menschenrechtler kritisierten, dass die Stadt Moskau eine für den 8. Februar geplante Gedenkundgebung für den im Januar erschossenen Anwalt Stanislav Markelow und die Journalistin Anastassija Baburowa am Tatort nicht genehmigt habe. DPA